

## Programm:

### Die politische Mitte ist keine Position

Im Interesse der eigenen Zukunft hat die FDP keine andere Wahl, als sich wieder auf die ideologischen Grundwerte, die politischen Programme und die Reformkraft des bürgerlichen Liberalismus zurückzubekennen: So viel Eigenverantwortung und Freiheit wie möglich – so wenig Staat und Zwangssolidarität wie nötig! Es wäre fatal, wenn diese notwendige Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln und auf die eigene Identität als blosser „Putsch von rechts“ oder gar als Kniefall vor der SVP diskreditiert und abgewürgt würde. Im Zentrum der Debatte darf weder die Frage nach der Hegemonie der „richtigen“ Gesinnung noch jene nach der parteipolitisch „richtigen“ Positionierung innerhalb des bürgerlichen Lagers stehen. Im Zentrum der fälligen Neuorientierung muss vielmehr und allein die Frage nach Lage und Zukunft unseres Landes stehen, für welches die FDP wie keine andere Partei Verantwortung getragen hat und tragen soll. Leider haben wir diesbezüglich allen Grund zur Beunruhigung. Eine jahrzehntelange und bis vor kurzem weder hinterfragte noch reflektierte Koalition von Bürgerlichen und Sozialdemokraten hat der Schweiz eine Hochleistungs- und Hochsteuerstaat beschert, der je länger je weniger finanzierbar ist und der wirtschaftliches Wachstum und individuelle Leistung steuerlich immer mehr belastet. Was einst gedacht war als ausgleichendes Korrektiv zwischen unterschiedlich begabten, unterschiedlich qualifizierten und von Natur her auch unterschiedlich robusten Bürgerinnen und Bürgern, ist mittlerweile entartet zu einer gigantischen Maschine der materiellen Umverteilung und der staatlichen Zwangssolidarität. Diese Entwicklung hat Kosten und Kehrseiten, mit denen wir uns auseinander setzen sollten. Dazu gehören kontinuierlich explodierende Staatsausgaben, eine bedrohliche Regulierungsdichte sowie Hunderte von Milliarden Franken Schulden der öffentlichen Hand. So haben deren Gesamtausgaben (inklusive Sozialversicherungen) seit 1990 um über 60 Prozent, also um jährlich rund 4 Prozent, zugenommen. Trotz guter Konjunktur dürfen wir nicht vergessen, dass die Staatsausgaben seit den 90er-Jahren fast doppelt so schnell gewachsen sind wie die Gesamtwirtschaft. Berücksichtigt man schliesslich alle staatlich verfügbaren Zwangsabgaben (also inklusive Krankenkassen- und BVG-Prämien), dann beträgt dieser Anteil mehr als die Hälfte der erwirtschafteten Einkommen. Das heisst, wir arbeiten mehr als die Hälfte unserer Arbeitszeit für den Staat.

Wer heute tüchtig ist, wer sich weiterbildet, wer viel arbeitet, spart und vorsorgt, wer Nachwuchs, Arbeitsplätze und Einkommen schafft, der reagiert auf diese Fehlentwicklung mit einer schleichenden Entfremdung von Staat und Gesellschaft. Umgekehrt treibt der Fürsorge- und Anspruchsstaat immer mehr Menschen in eine neue Unmündigkeit hinein und den Linken Fürsorgeparteien in die Arme. Im steten Bemühen, via Staat gesellschaftliche Gerechtigkeit herzustellen, haben uns Mitte-Links-Koalitionen mit Regulierungen und Vorschriften eingedeckt, welche unsere Bürger bevormunden, welche die Eigenverantwortung der Menschen und die Eigeninitiative mehr und mehr einschränken und welche so den Antrieb zu einem kreativen, Wachstum schaffenden Wettbewerb immer stärker unterminieren.

Wenn der Trend zu immer mehr Staat und weniger Eigenverantwortung gebrochen werden soll, dann verpflichtet bürgerlicher Liberalismus heute zu einem konsequenten Kampf gegen den staatlichen Regulierungsdschungel und für die Sanierung des nachhaltig in Schieflage geratenen Staates ohne zusätzliche Einnahmen und Steuern. Es ist deshalb die vornehme Pflicht des Freisinns, hierfür den nötigen Reformschub zu initiieren und zugleich als Baumeister von bürgerlichen Mehrheiten zu wirken, welche es braucht, um Schmerzhaftes, aber dringend Notwendiges politisch möglich zu machen. Wenn der Freisinn seine historische Führungsposition in diesem Lande erneuern will, dann darf er sich nicht mehr in der Mitte verkriechen. Er muss Farbe bekennen: Farbe zu Gunsten jener Kräfte, welche bereit sind, weltoffen zu neuen Ufern jenseits des heutigen Regulierungs- und Bevormundungsstaates, aber auch jenseits einer bürokratisch geprägten EU aufzubrechen. Es braucht jetzt den Mut, sich vom linken und bürgerlichen

Strukturkonservatismus zu befreien. Es ist Zeit für grundlegende Reformen.